

GASTBEITRAG

Kooperation vor Ort gefragt

Stefan Seidendorf: Man muss neue Wege gehen, um jetzt Grenzschließungen zu vermeiden

VON STEFAN SEIDENDORF

Angesichts der hohen Zahl an Neuinfektionen, insbesondere in Straßburg, stehen die Verantwortlichen der Region vor schwierigen Entscheidungen. Wie kann dem Sicherheitsgefühl und dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung entsprochen werden, ohne erneut Einschränkungen im Grenzverkehr einzuführen?

Nach den schlechten Erfahrungen während des Lockdowns lehnen führende Politiker auf allen Ebenen neue Grenzschließungen heute ab. So äußerte etwa der Chef des Bundeskanzleramts, Helge Braun (CDU), in einem Interview mit dem ZDF am 22. September, dass die Grenzen in die Nachbarländer offenbleiben müssten: Deutschland brauche die Pendler, wie etwa Krankenschwestern aus Frankreich, die im Saarland arbeiteten, ebenso wie den freien Warenverkehr.

Pendler im Blickpunkt

Auch die politisch Verantwortlichen des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau bekennen sich zu diesem Ziel. Landrat Frank Scherer, der Kehler Oberbürgermeister Toni Vetrano, die neue Strasbourger Bürgermeisterin Jeanne Barseghian und Pia Imbs, die Präsidentin des Strasbourger Stadtverbands, erklärten am 16. September gemeinsam, die grenzüberschreitende Mobilität müsse unabhängig von

der Klassifizierung der Pandemielage durch die zuständigen Behörden beider Länder gewährleistet werden.

Doch wie kann dies erreicht werden? Wie man es dreht und wendet, nur die lokale Kooperation an der Grenze kann hier Lösungen bieten. Der Verweis auf die Landes- oder Bundespolitik hilft nicht weiter:

■ **Beispiel Coronatests.** Deutschland erkennt die PCR-Tests (Abstriche in der Nasenhöhle) der anderen EU-Länder an. In der Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg erfährt man dann aber, dass Tests nur in deutscher oder englischer Sprache akzeptiert werden. Auch wenn der Unterschied zwischen „*négalif*“ und „negativ“ nicht unüberwindlich erscheint, müssten also die Elsässer Testzentren ihre Bescheide zweisprachig ausstellen, oder die zuständigen Behörden in der Ortenau müssten in einer Ausnahmeregelung französischsprachige Tests akzeptieren

(wie im Saarland). Die im Aachener Vertrag vorgesehenen Regeln für die Grenzgebiete könnten dafür nun zum ersten Mal angewandt werden. Und warum eigentlich kein deutsch-französisches Testzentrum an der Rheinbrücke?

■ **Beispiel Kontaktverfolgung.** Hier sind die Behörden darauf angewiesen, dass die Bürger ihnen ihre Daten anvertrauen. Sprach- und Verständnisschwierigkeiten erhöhen jedoch das gegenseitige Misstrauen, und damit die Zahl der bewusst oder unbewusst falschen oder unvollständigen Angaben. Dem könnte man begegnen, indem man deutsch-französische Teams mit der Kontaktverfolgung beauftragt – die gemeinsamen Polizeistreifen während des Strasbourger Weihnachtsmarkts oder während der Freibadsaison in Kehl können als Vorbild dienen. 2019 nannte Landesinnenminister Strobl das Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenar-

beit in Kehl eine „Drehscheibe für einen schnellen Daten- und Informationsaustausch“. Diese Einrichtung muss jetzt ihren Nutzen beweisen.

Die Liste ließe sich un schwer verlängern. Klar ist jedoch: Die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für offene Binnengrenzen hängt davon ab, dass es den Verantwortlichen vor Ort gelingt, praktikable Lösungen zu entwickeln. Praktikabel heißt: Sie müssen der Grenzbevölkerung dasselbe Schutzniveau bieten, wie dem Rest der Gesellschaft. Sie müssen jedoch auch der grenzüberschreitenden Lebenswirklichkeit der Bürger im Alltag gerecht werden. Die Pandemie wird so zur Bewährungsstunde für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.



Unser Gastautor Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg.